



Der Kommentar im Hammel:

Soziale Gerechtigkeit erforderlich!

Der vierte Reichtums- und Armutsbericht für die Bundesrepublik Deutschland zeigt erneut, dass die Schere zwischen extrem Reich und Arm immer weiter aufgeht: Während den reichsten 10 Prozent der Bevölkerung die Hälfte des Privatvermögens gehört, besitzt die untere Hälfte der Haushalte gerade einmal ein Prozent des Nettogesamtvermögens.

An dieser Entwicklung trägt auch die Politik ein gerüttelt Maß an Mitschuld, folgte man doch über alle Parteien hinweg seit fast drei Jahrzehnten dem Motto „Wenn es den Reichen gut geht, geht es auch automatisch den Armen besser.“ So wurden in den letzten drei Jahrzehnten die Steuern für Unternehmen, Vermögende und Großverdiener in mehreren Schritten abgesenkt. Gering- und Durchschnittsverdiener dagegen wurden bei den Steuern in der Summe nicht entlastet und durch steigende Sozialabgaben sogar noch belastet.

Hinzu kommen permanent steigende Unternehmensgewinne bei nur minimal gestiegenen Löhnen. Die Klagen von vielen Durchschnittsverdienern über zu hohe Abgaben sind so verständlich wie berechtigt. Dass „Mehr Netto vom Brutto“ für Schwarz/Gelb vor allem Steuergeschenke an Hoteliers bedeutet, dürften inzwischen die Meisten mitbekommen haben.

Ganz abgesehen davon ist es aber auch fraglich, wie es durch Steuersenkungen gelingen soll, der Staatsverschuldung Herr zu werden. Natürlich soll die öffentliche Hand sparsam haushalten. Im Internationalen Vergleich hat Deutschland allerdings einen relativ günstigen Staatsapparat. Kürzungen gehen deshalb vor allem zu Lasten staatlicher Leistungen. Da gilt es dann zu beachten, dass sich nur Reiche einen armen Staat leisten können (weil sie sich diese Leistungen im Bedarfsfall privat einkaufen können).

Deshalb gilt es, endlich auch wieder an die Einnahmenseite zu denken: Die Einführung der Finanztransaktionssteuer, damit die Verursacher der Finanzkrise auch an deren Kosten beteiligt werden, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, einen deutlich höheren Steuersatz in der Körperschaftsteuer sowie einen höheren Spitzensteuersatz sollten endlich angegangen werden.

Gerhard Jüttner

Ein Windrad für Tamm?

Eine Verspargelung der Landschaft hatte noch vor zehn Jahren der damalige Ministerpräsident von Baden-Württemberg Erwin Teufel befürchtet und zum Kampf gegen den Ausbau der Windenergie aufgerufen. Inzwischen hat, hervorgerufen durch die Reaktorkatastrophe von Fukushima, die Bundesregierung den Ausstieg vom Ausstieg vom Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen, und man macht sich parteiübergreifend Gedanken über den Ausbau regenerativer Energien.

Dabei rückt auch die Windenergie wieder in den Blickpunkt. Wie ein Windrad das Aussehen der Landschaft verändert, kann man seit kurzem auch von Tamm-Gemarkung aus betrachten. Das erste Windrad im Kreis Ludwigsburg wurde auf einer Anhöhe bei Ingersheim aufgestellt. Stolz 170 Meter misst das Bauwerk und gilt als Wahrzeichen für eine neue Energiepolitik im Kreis, wo ein paar Kilometer nördlich bisher starke Wolkenbildung die Energieversorgung für den



In Ingersheim steht bereits ein Bürger-Windrad - bald auch in Tamm?

Großraum Stuttgart vergegenwärtigte, aufgrund der Zwischenfälle in Tschernobyl und Fukushima jedoch auch mit wachsendem Schauer.

Die Frage, ob ein oder mehrere solcher Windräder auch auf Tamm-Gemarkung gebaut werden könnten, wurde im Bürgerworkshop zu Natur und Umwelt diskutiert. Der Gemeinderat hat bereits einen möglichen Standort in der Nähe des Rotenacker Waldes ausgemacht, der aufgrund der dortigen Windverhältnisse in Frage käme. Das Thema ist also durchaus angedacht und stößt, wie der Workshop

gezeigt hat, auf Resonanz in der Bevölkerung.

Die Umsetzung eines solchen Vorhabens hängt aus Sicht der Tammer SPD jedoch auch von der Finanzierbarkeit ab. Zum einen stehen für die Gemeinde mit dem Ausbau der Tagesbetreuung drängende Probleme an, die den Finanzspielraum für andere Bereiche einengen.

Zum anderen zeigt das Beispiel Ingersheim, dass von privater Seite

durchaus Interesse bestehen könnte, sich finanziell an einem solchen Projekt zu beteiligen. Und zwar nicht nur über einen Investor aus der Wirtschaft, sondern auch über finanzielle Beteiligungen aus der Bürgerschaft. Wer bereit ist (und Geld hat) für den Einbau von Sonnenkollektoren, der findet offensichtlich auch Interesse an einem derartigen Investment, das

durchaus, wenn auch eher geringe, Rendite abwirft.

Grün-Rote Politik steht für Bürgerbeteiligung und ist in diesem Land an die Regierung gewählt worden. Bürgerschaftliches Engagement zeigt sich gerade im verantwortungsbewussten Handeln für die Gemeinschaft. Auch das sollte dem Wähler bewusst sein. Möglicherweise steht das Modell Ingersheim auch in Tamm zur Diskussion, wenn man sich entschließen sollte, ein solches Projekt zu realisieren.

